

Dortmund im Fokus: Zuwanderung aus dem Westbalkan nimmt zu!

Fachtag in Dortmund zur Westbalkanerweiterung: Experten diskutieren Zuwanderung, Integration und EU-Prozess bis 2030.



Am 10. Dezember 2024 fand im Dortmunder Rathaus ein Fachtag zur „Westbalkanerweiterung“ statt. Der Fokus lag auf dem Einfluss des EU-Prozesses auf Menschen aus Albanien, Nordmazedonien und Serbien. Ziel der Veranstaltung war es, die Frage zu klären, ob Dortmund gut auf die mögliche EU-Erweiterung im Jahr 2030 vorbereitet ist. An der Konferenz nahmen 42 Vertreter aus der Stadtverwaltung, Arbeitsverwaltung, Wohlfahrtsverbänden und freien Trägern teil.

Während des Fachtags wurden die Potenziale und Herausforderungen der Zuwanderung aus den Westbalkan-Staaten diskutiert. Die Referenten umfassten unter anderem

Jelena Mićović von Caritas Serbien, die über ihre Arbeit in der Rückkehrberatung und die Herausforderungen für Rückkehrende berichtete, sowie Samet Shabani von der NGO Horizon Civitas aus Nordmazedonien, der Bürgerengagement und demokratische Werte förderte. Stela Tanellari von der NGO Different and Equal aus Albanien sprach über die Unterstützung von Opfern von Menschenhandel und Diskriminierung.

Bedarf an Integration und Unterstützung

Interaktive Themeninseln ermöglichten den Teilnehmern, über die Bedürfnisse und Erwartungen der Zuwandernden zu diskutieren. Besonderer Handlungsbedarf wurde im Wohnungs- und Arbeitsmarkt sowie im Bildungssystem identifiziert. Zudem wurde über den Aufbau transnationaler Netzwerke gesprochen. Eine zentrale Erkenntnis der Veranstaltung war, dass Dortmund sich auf eine steigende Zuwanderung einstellen muss, insbesondere im Hinblick auf den Wohnungsmarkt und die Bildungsangebote. Auch wurde herausgestellt, dass muttersprachliche Hilfsangebote die Integration erleichtern könnten.

Der Fachtag förderte die Vernetzung der Akteure und betonte die Notwendigkeit, die Gesamtstrategie zur Neuzuwanderung weiterzuentwickeln. Ein Ziel besteht darin, allen Menschen eine gute Bleibeperspektive zu bieten. Die Fachgruppe plant eine Intensivierung der transnationalen Zusammenarbeit, beispielsweise durch Rückkehrhilfen für Arbeitsmigrant*innen. Organisiert wurde der Fachtag von der Fachgruppe Transnationale Zusammenarbeit, die Teil der Gesamtstrategie zur Neuzuwanderung ist und aus Mitgliedern der Stadt Dortmund und freien Trägern besteht. Die Leitung obliegt Frank Merkel von der Caritas und Thomas Heimbürger vom Dezernat für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Sport und Freizeit.

Zusätzlich wurde im „Sachstandsbericht Zuwanderung aus Südosteuropa 2024“ dargelegt, dass der Anteil der in Dortmund lebenden EU2-Bürger:innen (aus Bulgarien und Rumänien) bis

Ende Dezember 2023 um 2,7 Prozent auf 12.040 Personen gestiegen ist. Im Vergleich zu den Vorjahren war der Zuwachs jedoch moderater. Der Anteil der EU2-Bürger:innen an der Gesamtbevölkerung Dortmunds stieg 2023 auf 2 Prozent.

Der Bericht zeigt auch, dass sich die Wanderungsdynamik verringert hat; während im Jahr 2014 noch 14.000 Zu- und Abwanderungen verzeichnet wurden, waren es 2023 nur noch knapp 4.500. Die Integration der EU2-Bürger:innen in den Arbeitsmarkt hat sich seit der Einführung der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit beschleunigt. Bis Ende 2023 sind 3.959 EU2-Bürger:innen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, und für 2.650 Familien konnte eine Krankenversicherung eingerichtet werden. In den Kitas und Kinderstuben der Stadt werden über 300 Kinder mit rumänischer oder bulgarischer Staatsangehörigkeit betreut.

Dennoch besteht ein Mangel an finanziellen Mitteln, um erfolgreiche Integrationsmaßnahmen langfristig abzusichern. Das „Förderprogramm Südosteuropa“, welches die gesellschaftliche Integration von EU-Bürger:innen unterstützt, steht zur Diskussion in Bezug auf Kürzungen. Im Jahr 2023 wurden 1.856 Neuanmeldungen für Schulplätze registriert, was einen Rückgang im Vergleich zu 2022 darstellt. Zudem wurden bis Ende 2023 28 Wohnungen aus verwahrlosten Immobilien in der Nordstadt saniert und neu vermietet. Die Stadt Dortmund arbeitet dabei eng mit der Viertelwerk gGmbH zusammen, um Immobilien zu sanieren und Langzeitarbeitslose zu beschäftigen. Trotz der Herausforderungen wurden gute Fortschritte und Erfolge in der Integration erzielt.

Die Stadt Dortmund appelliert an Land und Bund, um Unterstützung zu leisten, um die Integration und die Folgen der EU-Erweiterung besser bewältigen zu können, wie aus den Berichten von [wirindortmund.de](https://www.wirindortmund.de) und [nordstadtblogger.de](https://www.nordstadtblogger.de) hervorgeht.

Details	
Quellen	• www.wirindortmund.de • www.nordstadtblogger.de

Besuchen Sie uns auf: aktuelle-nachrichten.net